

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/03/2009
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Mittwoch, 13.05.2009
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Bericht aus dem Seniorenbeirat
4. Bericht aus dem Behindertenbeirat
5. Haushaltsplanentwurf 2009
 - Ergänzung/Zusatz zum TOP "Haushaltsplanentwurf 2009"
 - Erster Statusbericht zur Einführung der Neuen Steuerung in der Stadtverwaltung
Hagen (10.03.2009)
6. Bericht der ARGE
7. Bericht Frau May EU-Projekt "Cities in Balance"
8. Änderung des § 27 der Gemeindeordnung
Vorlage: 0290/2009
9. Bericht zum Rückführungsmanagement für abgelehnte Asylbewerber
Vorlage: 0307/2009
10. Resolution zur Bleiberechtsregelung
11. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Frau Machatschek begrüßt als neues Mitglied des Sozialausschusses Herrn Springiewicz. Als Mitglied der Bezirksvertretung Eilpe/Dahl ist er bereits vereidigt.

Als Gäste begrüßt Frau Machatschek nun Frau May, Frau Kaus-Köster, Frau Küper, Frau Walter, Herrn Gregul und Herrn Grobe.

Frau Machatschek weist auf eine Änderung der Tagesordnung hin. Als Punkt 10 wird die mit der Einladung versandte Resolution der SPD-Fraktion eingefügt. Mit diesem Verfahren sind alle Ausschussmitglieder einverstanden.

2. Mitteilungen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Kreis teilt mit, dass auf Grund des Beschlusses des Sozialausschusses, das Karl-Ernst-Osthaus-Museum barrierefrei zu gestalten, ein Hebelifter anzuschaffen war. Die Kosten in Höhe von 10.000,-€ werden durch eine Sparkassenspende finanziert, so dass zeitnahe mit der Umsetzung begonnen werden kann.

Frau Machatschek bedankt sich gerade nach den bisherigen Schwierigkeiten für diese erfreuliche Nachricht.

3. Bericht aus dem Seniorenbeirat

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Insel berichtet über Probleme mit den Krankenkassen hinsichtlich der Palliativpflege, da eine Kostenübernahme nach drei Wochen nicht immer gesichert ist.

Weiter wird über das Projekt „Senioren helfen Senioren“ berichtet. Hier sind viele Initiativen entstanden, die in den unterschiedlichsten Arten Hilfen anbieten.

Frau Machatschek ist über die Mitteilung zur Palliativpflege betroffen und regt an, dass der Sozialausschuss sich mit dieser Thematik beschäftigt.

Frau Kurte kann sich Probleme in der Form nicht vorstellen und empfiehlt vor einer weiteren Verbreitung erst genaue Recherchen zu betreiben.

Herr Haensel erläutert, dass es Probleme mit Abrechnungen hinsichtlich der Palliativpflege gibt, deren Ursprung wiederum in einer Verordnungsproblematik liegt.

Er bietet als Träger eines Palliativpflegedienstes an, an der Vorbereitung eines Tagesordnungspunktes mitzuwirken, um dieses Sicherungssystem in einem größeren Kontext vorzustellen.

Herr Schellhorn unterstützt den Vorschlag von Herrn Haensel und berichtet von Klageverfahren einzelner Patienten gegen Krankenkassen.

Herr Haensel stellt fest, dass die Palliativversorgung in Hagen durch ein großes Netzwerk gut aufgestellt ist und diese Botschaft auch durch den Sozialausschuss nach außen transportiert werden sollte.

4. Bericht aus dem Behindertenbeirat

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Lazaris berichtet von einer Begehung im neuen Trainerwerk am Konrad-Adenauer-Ring. Diese Einrichtung ist gut und behindertengerecht eingerichtet.

Frau Machatschek fügt hinzu, dass die Behindertenwerkstätten mittlerweile ebenfalls unter der Wirtschaftskrise zu leiden haben.

5. Haushaltsplanentwurf 2009

- Ergänzung/Zusatz zum TOP "Haushaltsplanentwurf 2009"
- Erster Statusbericht zur Einführung der Neuen Steuerung in der Stadtverwaltung
Hagen (10.03.2009)

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Machatschek bittet Herrn Gregull um eine Einführung in den vorgelegten Auszug aus dem Haushaltsplan 2009.

Herr Gregull erläutert, dass sich vom kameralen Haushalt hin zum NKF-Haushalt viel verändert hat. Die Ausrichtung an Produkten und damit an Zielen und Kennzahlen ist eine neue Steuerungsmechanik. Zunächst ist in Abstimmung mit der Politik ein Produkt pro Organisationseinheit herausgegriffen worden. Diese Vorlage ist somit noch nicht vollständig und ist ein erster Aufschlag für 2009. Es ist notwendig, sich unterjährig mit dieser Thematik zu beschäftigen. Erst 2010 sollen alle Produktbereiche bestimmt sein. Die Umsetzung wird alle Beteiligten noch Jahre beschäftigen. Dieser Vorschlag ist ein erster Anfang um ins Gespräch zu kommen, damit spezielle Darstellungswünsche durch den Ausschuss formuliert werden können.

Frau Walter geht auf spezielle Bereiche des Haushaltsplanentwurfs näher ein und erläutert diese. Weitere Fragen von Frau Machatschek und Frau Buchholz werden von Frau Walter und Herrn Strate beantwortet.

Frau Buchholz stellt fest, dass der Haushaltsplanentwurf wenig transparent ist und bittet die Einfügung von weiteren Ebenen, damit auch erkannt werden kann, wohin die einzelnen Gelder fließen.

Herr Dr. Fischer weist auf die fehlende Vergleichbarkeit hin und bittet darum, dass die Kämmerei hier mehr erläutert.

Frau Kurte vermisst an einigen Stellen Personalkosten.

Herr Goldbach erläutert, dass sich diese auch unter internen Leistungen als Kosten verbergen können.

Frau Machatschek bedankt sich für die Erläuterungen, stellt aber fest, dass der Haushaltsplan ein Puzzle ist, das schwierig zu bewerten ist.

Beschluss:

Der Sozialhilfeausschuss stimmt dem vorgelegten Auszug des Haushaltsplans 2009 in der vorgelegten Form zu.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input checked="" type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 10
Dagegen: 2
Enthaltungen: 1

6. Bericht der ARGE**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Kaus-Köster teilt mit, dass die Wirtschaftskrise Hagen nun voll trifft. Deutlich ablesbar ist das an den steigenden Zahlen der Kurzarbeit. 28.700 Beschäftigte in 940 Betrieben müssen zurzeit Kurzarbeiten. Dieser Situation muss das Fallmanagement gegensteuern. Hierzu gibt es neben der individuellen Förderung entwickelte Programme. Die Lage ist für alle Beteiligte eine große Belastung. Größtenteils können Kunden nicht einmal bei einem 75 %igen Unterstützungszuschuss in einen Arbeitsplatz vermittelt werden.

Frau Kaus-Köster stellt die Tischvorlage vor:

Entwicklung und Ergebnisse der ARGE Hagen

Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften (BG)

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist in den Monaten März bis Dezember 2008 rückläufig gewesen. Im Dezember 2008 wurde der tiefste Stand der Zahl der Bedarfsgemeinschaften erreicht. Seit Januar 2009 ist aufgrund der Wirtschaftskrise ein stetiger Anstieg der zu betreuenden Bedarfsgemeinschaften zu erkennen.

Blick in die Zukunft:

Im April lag die Zahl der Bedarfsgemeinschaften bereits bei 11.383. Bei konservativer Hochrechnung der Fallzahlen (lineare Steigerung) wird die Zahl der BG's im Dezember bei 12.586

liegen. Die ARGE geht derzeit davon aus, dass sich die Steigerung der BG's zum Herbst hin so auswirken wird, dass ggf. eine deutliche Steigerung der anfallenden Arbeit spürbar sein wird.

Zielerreichung 2009

Die BA hat am 05.02.2009 gem. § 48 SGB II mit dem BMAS eine Vereinbarung zur Erreichung von Zielen nach dem SGB II geschlossen. Die vereinbarten Leistungszielen betreffen die Leistungen, für die die BA gem. § 6 Abs. 1 Nr. 1 SGB II die Verantwortung als Leistungsträger innehat. Diese Ziele sind auf folgendes ausgerichtet:

- Verringerung der Hilfebedürftigkeit (Zielindikator: Summe passiver Leistungen)
- Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit (Zielindikator: Integrationsquote = Anteil der Kunden, die in eine Erwerbstätigkeit bzw. eine Ausbildung geht - Bezugsgröße : Kunden im Kundenkontakt)
- Vermeidung von Langzeitbezug (Zielindikator: Bestand Kunden im Kundenkontakt > 24 Monate = Kunden, die in der Rolle zu aktivierender erwerbsfähiger Hilfebedürftiger (eHb) sind (eHb, dem Arbeit zuzumuten ist, auf den die ARGE ihre Integrationsbemühungen richten kann)

Aufgrund der zwischen dem BMAS und der BA abgeschlossenen Zielvereinbarung wird von folgenden Zielwerten ausgegangen:

Summe passive Leistungen	- 2,1 Prozent (Veränderungsrate)
Integrationen (Integrationsquote)	+ 2,2 Prozent (Veränderungsrate)
Kunden im Kundenkontakt >24 Monate	0,0 Prozent (Veränderungsrate)

Die ARGE selbst hält diese Ziele für nicht erreichbar und geht bei allen 3 Zielen von einer Veränderungsrate von 0,0 % aus. Sie hat es sich also zum Ziel gesetzt, trotz der schlechten wirtschaftlichen Voraussetzungen nach Möglichkeit die Ziele des Vorjahres wieder zu erreichen (siehe Jahresbericht).

Operative Mindeststandards

Welche operativen Mindeststandards haben wir?

- Mindeststandard Erstberatung mit Profiling
U25 innerhalb einer Frist von 10 Arbeitstagen nach Antragstellung
UE 25 innerhalb einer Frist von 15 Arbeitstagen nach Antragstellung
- Mindeststandard Angebot U25
Angebot insbesondere einer Arbeit , Ausbildung, Ausbildungsvorbereitung, Weiterbildung oder Arbeitsgelegenheit innerhalb von 20 Arbeitstagen nach Abschluss der Eingliederungsvereinbarung. Wenn keine Eingliederungsvereinbarung binnen 15 Arbeitstagen ab Antragstellung geschlossen wurde, beträgt die Frist für das Angebot 20 Arbeitstage ab Antragstellung.

Im Bereich der Mindeststandards, wurden aufgrund der organisatorischen Änderung im November 2008 und aufgrund von Änderungen der Arbeitsabläufe erste große Fortschritte erzielt. Es ist davon auszugehen, dass die Zielvorgabe für das Jahr 2009

erreicht wird. Eine genaue Standortbestimmung ist allerdings nicht möglich, da das Programm Cockpit derzeit keine valide Auswertung für die Mindeststandards liefert.

Summe der passiven Leistungen und Integrationen

Die Situation bei den passiven Leistungen ist zurzeit noch sehr stabil. Die Ausgaben bewegen sich in den ersten drei Monaten des Jahres 2009 auf einem gleichbleibenden Niveau und liegen mit 12.725.000 € unter den Ausgaben der ersten drei Monate des Jahres 2008, die bei 13.477.000 € lagen. Der Zielwert sollte bei 12.779.000 € liegen.

Bei der Berechnung des Zielwertes wurde die zum 01.07.09 vorgesehene Regelsatzerhöhung von 2 Prozent sowie die Regelsatzerhöhung von 60 auf 70 Prozent für Kinder bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres nicht berücksichtigt!

Darüber hinaus deutet alles darauf hin, dass wir im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg an Bedarfsgemeinschaften haben werden, so dass sich die passiven Leistungen auf jeden Fall erhöhen werden. Vorgesehen war laut Zielwert eine Senkung der passiven Leistungen um 5,3 Prozent. Diese Zahl ist aus heutiger Sicht nicht realistisch.

Geht man von den ersten Monaten des Jahres 2009 aus, stellt man fest, dass es einen deutlichen Rückgang der Integrationen gegenüber dem Vorjahreszeitraum mit rund 35,2 Prozent gegeben hat.

Mit Blick auf die Entwicklung der SGB III Kunden und der hohen Zahl von Kurzarbeitern, ist zu vermuten, dass sich dieser Trend erstmal fortsetzen wird und es dieses Jahr keine Frühjahresbelegung und somit auch keinen Anstieg der Integrationen geben wird.

Auch die Integrationen des U-25-Bereichs sind seit dem Monat Dezember erheblich zurückgegangen. Eine verlässliche Prognose für den Ausbildungsmarkt ist derzeit noch nicht möglich. Es ist aber zu befürchten, dass es auch hier Einbrüche geben wird. Die ARGE wird auch in diesem Segment versuchen, durch entsprechende Maßnahmen gegenzusteuern und ihre Anstrengungen zu verstärken.

Bestand Kunden im Kundenkontakt mit Dauer > 24 Monate

Der Zielwert für 2009 sieht vor, dass sich der Bestand dieser Kunden nicht erhöhen soll. Der avisierte Zielwert bis einschließlich März waren 4.238 Kunden, die ARGE hatte mit Stand März 3.985 Kunden im Kundenkontakt mit Dauer > 24 Monate, der Zielwert wurde hier übertroffen. Da die ARGE die Betreuung für diese Kunden intensiviert hat, ist davon auszugehen, dass dieser Zielwert auch bis zum Jahresende erreicht wird.

Frau Machatschek bedankt sich für den ausführlichen Bericht.

Frau Sauerwein fragt nach den zu erwartenden Kosten der Unterkunft, die von der Stadt Hagen zu tragen sind.

Frau Kaus-Köster kann hier keine Prognose abgeben, da die Zahl der so genannten Rechtskreiswechsler, diejenigen, die vom SGB-III-Bereich zum SGB-II-Bereich wechseln, nicht vorhergesagt werden kann.

Frau Sauerwein möchte wissen, ob sich der Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft verändert hat.

Herr Dr. Brauers teilt mit, dass dieser Bundesanteil bereits zwei mal gekürzt worden ist.

Die weiteren Fragen von Frau Buchholz und Herrn Hässner werden von Frau Küper und Herrn Goldbach beantwortet.

Frau Machatschek wünscht der ARGE Hagen viel Erfolg mit der Umsetzung der vorgestellten Maßnahmen.

7. Bericht Frau May EU-Projekt "Cities in Balance"

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau May berichtet über das EU-Projekt „Cities in Balance“. Neben Hagen gibt es europaweit noch zehn Projektpartner, auf die sich das Gesamtbudget von 5,5 Mio € verteilt. Hagen erhält hier einen Anteil von 630.000,- €.

Der Zeitraum des Projekts läuft vom 1.1.2009 – 30.9.2011 bei einem Arbeitsvolumen von 20 Stunden pro Woche.

Wohnortnah sollen mit dem Netzwerk Service-Zentren neue Formen gemeindenaher Versorgung pflegebedürftiger Menschen entstehen. Mit einem Verbund an Diensten soll ein enges Netz abgestufter Leistungen angeboten werden. Zielgruppen sind primär Menschen mit Demenz und deren Angehörige. Ziele für die Stadtteilarbeit sind das Erfassen der vorhandenen Angebotspalette, das Herstellen von Transparenz im Stadtteil mit Hilfe der Datenbank „Wohnortnahe Hilfe für Menschen mit Demenz“ und die Initiierung für den Aufbau weiterer niedrigschwelliger Angebote.

Weitere Ziele sind die konsequente Suche nach ehrenamtlich engagierten Bürgern und die Schaffung von Anlaufstellen. Ein wichtiger Punkt zur Zielerreichung ist die Öffentlichkeitsarbeit.

Zu beachten sind Qualitätsmerkmale und die Geschäftsordnung. Ein Beratungsleitfaden und Feedbackbogen sind für den Qualitätserhalt zu entwickeln.

Fragen von Frau Kurte und Frau Buchholz werden von Frau May beantwortet.

Frau Machatschek sieht Hagen in diesem Bereich federführend.

8. **Änderung des § 27 der Gemeindeordnung**
Vorlage: 0290/2009

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach teilt mit, dass die Vorlage zwei Anliegen verfolgt. Zum Einen soll die gesetzliche Änderung nochmals eingefordert werden, zum Anderen soll im Falle des Ausbleibens der Gesetzesänderung, die Verwaltung mit diesem Beschluss ermächtigt werden, zu beantragen, dass die bisherige Regelung eines Integrationsrates als Ausnahme beibehalten wird.

Frau Machatschek möchte nicht einen Schritt zurückgehen und befürwortet daher diese Vorlage.

Frau Kurte erkundigt sich nachdem Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses.

Frau Machatschek teilt mit, dass dieser der Vorlage zugestimmt hat.

Beschluss:

„Der Rat der Stadt Hagen bittet die Landesregierung und die Fraktionen im Landtag, unverzüglich eine Änderung des § 27 der Gemeindeordnung NRW durchzuführen mit dem Ziel, dass der bisher vorgeschriebene Ausländerbeirat durch einen Integrationsrat ersetzt wird.

Der Innenminister wird gebeten, einen landeseinheitlichen Wahltermin festzulegen, der in unmittelbarer Nähe zum Termin der Kommunalwahl liegt.

Rein vorsorglich und für den Fall, dass eine Änderung nicht rechtzeitig zum vorgesehenen Termin der Wahlen der Migrantenvvertretungen („Die Wahl findet spätestens zehn Wochen nach dem Beginn der Wahlzeit des Rates statt“) in Kraft tritt, beantragt der Rat der Stadt Hagen bereits jetzt die Verlängerung des bestehenden Experiments gemäß § 129 der Gemeindeordnung.“

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |



Dafür: _____
Dagegen: _____
Enthaltungen: _____

**9. Bericht zum Rückführungsmanagement für abgelehnte Asylbewerber
Vorlage: 0307/2009**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Grobe erläutert das Rückführungsmanagement für abgelehnte Asylbewerber.

Das Ziel der Maßnahme Rückführungsmanagement war es, über den weiteren Aufenthalt von abgelehnten Asylbewerbern zeitnah zu entscheiden und die Ausgaben im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) zu reduzieren.

Der Konsolidierungseffekt der Maßnahme betrug bis 2008, wie bereits jährlich berichtet, insgesamt ca. **1,1 Mio. Euro** an Leistungen nach dem AsylbLG. Hinzu kommen die finanziellen Folgeeffekte der Maßnahme für die nächsten Jahre. Daneben konnten die Personalkosten im Bereich der Leistungsgewährung, auf Grund der gesunkenen Fallzahlen, seit 2003 um 42 % reduziert werden.

Bereits seit 2006 wurde das Augenmerk verstärkt auf integrationspolitische Aspekte gerichtet. Dabei ist eine Einzelfallprüfung für jeden ausreisepflichtigen Ausländer und seine Familie unabdingbar.

Geduldete Ausländer konnten motiviert werden, aktiv am Integrationsprozess teilzunehmen. Durch die zügige Umsetzung der gesetzlichen Bleiberechtsregelung (§ 104a AufenthG „Altfallregelung“) konnte die Zahl der Leistungsempfänger weiter mit Perspektive auf einen Daueraufenthalt erheblich reduziert werden. Mehr als 150 Personen sind derzeit im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis auf Probe.

Weiteren 25 Personen konnten seit 2008 auf der Grundlage des Richtlinienanpassungsgesetzes Aufenthaltstitel erteilt werden.

Auch durch die enge Zusammenarbeit mit dem „Netzwerk „AufBRuCH“ wird die integrationspolitische Bedeutung der Stelle „Rückführungsmanagement“ deutlich. Ohne diese Kooperation würde es sich in der Praxis schwierig gestalten, den Personen adäquat auf dem Weg zur Sicherung des Aufenthaltes behilflich zu sein.

Durch Umstrukturierungen innerhalb der Ausländerbehörde soll sichergestellt werden, dass auch zukünftig ein Mitarbeiter für die Koordinierung des Projektes zuständig sein wird.

Die Fragen von Herrn Haensel und Herrn Kilic werden von Herrn Grobe beantwortet.

Beschluss:

Der vorgelegte Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: _____

Dagegen: _____

Enthaltungen: _____

10. Resolution zur Bleiberechtsregelung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Buchholz erläutert die Resolution zur Bleiberechtsregelung und teilt weiterhin mit, dass bereits Städte wie Münster und Kreise wie Steinfurt entsprechende Resolutionen beschlossen haben.

Herr Hartmann begründet seine ablehnende Haltung.

Frau Buchholz und Frau Sauerwein appellieren für die Annahme der Resolution.

Herr Fischer schlägt eine Adressatenänderung vor. An Stelle des Innenministers möge die Präsidentin des Landtages mit der Bitte um Verteilung an alle Landtagsabgeordnete angeschrieben werden.

Nach der folgenden Abstimmung beendet Frau Machatschek die Sitzung um 17.50.Uhr.

Beschluss:

Der Sozialhilfeausschuss beschließt die Weiterleitung der folgenden Resolution an den Rat mit der Bitte wie folgt zu beschließen:

Hagen für ein Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen!

Der Rat stellt mit Bedauern fest, dass die bislang getroffenen Regelungen nicht dazu geführt haben, dass der Großteil der langjährig hier lebenden geduldeten Menschen ein wirksames Bleiberecht erhielt.

Der Rat der Stadt Hagen appelliert daher an den Deutschen Städtetag und an den Innenminister NRW, sich für eine kurzfristige Nachbesserung der Bleiberechtsregelung einzusetzen. So muss sofort der Zeitraum der Altfallregelung deutlich verlängert werden!

Der Rat der Stadt Hagen appelliert darüber hinaus an den Deutschen Städtetag und an den Innenminister NRW, sich längerfristig für eine Nachfolgeregelung zur jetzigen Bleiberechtsregelung einzusetzen, die keine Stichtagregelung enthält.

Die Präsidentin des Landtages wird gebeten, diese Resolution an alle Landtagsabgeordnete zu verteilen.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input checked="" type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 11
Dagegen: 0
Enthaltungen: 2

11. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 17.50 Uhr

Gez. Machatschek
Vorsitzende

Gez. Schöffler
Schriftführer